

BM 23.08.12 GESUNDHEIT

## Regierung sagt Krebs den Kampf an

Patientendaten sollen in einheitlichen Registern erfasst werden. Charité begrüßt die Initiative

Von Stefan von Borstel

- Mit der Einführung flächendeckender Register will die Bundesregierung den Kampf gegen Krebs verstärken. Das Kabinett beschloss am Mittwoch einen Gesetzentwurf, nach dem die Bundesländer möglichst vollständig die Behandlungsdaten von Krebspatienten erfassen sollen. Daraus sollen sich Rückschlüsse für neu auftretende Krankheitsfälle und die beste Behandlung ziehen lassen. Mit dem Gesetzesvorhaben soll außerdem die Krebsfrüherkennung verbessert werden.

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sagte, Deutschland stehe wie andere Industrienationen als alternde Gesellschaft vor wachsenden Herausforderungen in der Krebsbekämpfung. Leider werde das bestehende Angebot zur Krebsvorsorge nur unzureichend wahrgenommen, sagte der Minister.

Künftig sollen die Menschen daher persönlich zur Vorsorge eingeladen werden, etwa zu Untersuchungen auf Gebärmutterhals- oder Darmkrebs. Zugleich soll es umfangreichere Informationen über Früherkennung sowie mehr Qualitätssicherung und Erfolgskontrolle der Programme geben. Bisher gibt es ein organisiertes Früherkennungsprogramm nur zur Brustkrebsfrüherkennung.

Das Krebsregister soll flächendeckend Daten über das Auftreten, die Behandlung und den Verlauf von Krebserkrankungen erfassen. "Damit kann die Qualität der Versorgung in allen Behandlungsphasen sektorenübergreifend dargestellt, bewertet und verbessert werden", betonte Bahr. Bereits heute gibt es 50 solcher Register in den Ländern, doch eine einheitliche Struktur fehlt.

Hintergrund für den Gesetzentwurf ist der Nationale Krebsplan von 2008. Krebs ist mit jährlich 218.000 Todesfällen nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithäufigste Todesursache in Deutschland. Für 2012 rechnet das Robert-Koch-Institut mit mehr als 480.000 Neuerkrankungen. Angesichts der deutlich steigenden Zahl von Krebsneuerkrankungen gewinne die Krebsfrüherkennung eine zunehmende Bedeutung, meinte Bahr.

Die Krebsregister sollen überwiegend aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finanziert werden. Die Krankenkassen hatten das kritisiert und eine Mitbeteiligung der privaten Krankenversicherung gefordert. "Leider stehen bei den geplanten Krebsregistern Verantwortung, Finanzierung und Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis", bedauerte die Chefin des GKV-Spitzenverbandes Doris Pfeiffer. Die Register würden pauschal von den Beitragszahlern finanziert, obwohl der Nutzerkreis sehr viel breiter sei. Die grundsätzliche Richtung des Gesetzentwurfs stimme jedoch. Es sei überfällig, die sehr heterogene Registerlandschaft der Länder "in einheitliche und effiziente Datenstrukturen zu überführen". Die Übergangsfrist von fünf Jahren für den Aufbau der Register sei aber viel zu lang. Bahr wies die Kritik der Kassen zurück. "Das Gesetz spart insgesamt Millionen ein", meinte Bahr im Deutschlandfunk. Ein früh erkannter Krebs werde nicht so teuer in der Behandlung sein.

Ähnlich äußerte sich der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn. Gerade die Krankenkassen profitierten von mehr Vorsorge und Prävention. Spahn verwies darauf, dass Früherkennung aber nur ein Baustein der Vorsorge sein könne.

Peter Schlag, Direktor des Comprehensive Cancer Center an der Berliner Charité, sagte der Berliner Morgenpost: "Es ist gut und grundsätzlich wirklich sehr begrüßenswert, dass wir nun auf dem Weg sind, ein Krebsregister für Deutschland zu bekommen." Schlag erinnerte daran, dass es in der DDR früher ein ähnliches Register gegeben habe. Es sei ein Fehler gewesen, sich davon im Zuge der Wiedervereinigung zu verabschieden. Allerdings hänge die Nutzbarkeit einer solchen Datensammlung ganz entscheidend von ihrer Vollständigkeit ab.

© Berliner Morgenpost 2012 - Alle Rechte vorbehalten

Quelle: mit flk

ABONNENTEN-LOGIN

BERLIN-GUIDE

ANZEIGENMÄRKTE